



**Kommunalwahl 2016
BUND-Befragung der Parteien/Spitzenkandidatinnen und -kandidaten**

Heppenheim, 25. Januar 2016

Sehr geehrter Herr Schmidt,

kommunale Entscheidungen beeinflussen den Umgang mit den natürlichen Ressourcen und haben Auswirkungen auf den Schutz von Natur und Umwelt. Bei der Kommunalwahl geht es auch darum, ob und wie Ihre Kommune langfristig die Lebensgrundlagen Ihrer Bürger/Innen sicherstellen kann.

Der BUND Bergstraße möchte, dass Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachen Umwelt und Naturschutz vorangehen.

Deshalb haben wir fünf konkrete Bereiche exemplarisch für **Umweltschutz, Naturschutz und Energiewende** ausgewählt, zu denen wir Sie um Ihre Positionierung bitten:

1. Im Stadtwald mehr Natur zulassen: Machen Sie Ihren Kommunalwald zum FSC Wald!
In Zeiten von Klimawandel und Energiewende steigen die Ansprüche an den Wald. Die Nachfrage nach Holz für verschiedenste Zwecke ist rasant gestiegen und nimmt weiter zu.

Doch nicht nur der Nutzungsdruck, auch der Klimawandel macht dem Wald zunehmend zu schaffen.

Kommunale Wälder sind ein Schatz für jede Kommune. Sie bieten Erholung und erfüllen so wichtige Funktionen wie Luftreinhaltung, Bereitstellung von Trinkwasser, Speicherung von Treibhausgasen und Erhalt der biologischen Vielfalt.

Wälder müssen nachhaltig genutzt werden. Das Land Hessen geht mit gutem Beispiel voran: Der Hessische Staatswald wird schrittweise nach den Kriterien des FSC (Forest Stewardship Council, <http://www.fsc-deutschland.de/de-de>) zertifiziert. FSC ist ein anerkannter und glaubwürdiger Standard für eine nachhaltige und umweltverträgliche Waldbewirtschaftung.

Auch der Kommunalwald kann durch den FSC-Standard ökologischer, stabiler und risikoärmer gemacht werden. Und die Chancen für den Verkauf von Holz steigen, da die Nachfrage nach FSC-zertifiziertem Holz wächst.

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Kommunalwald nach den Kriterien des FSC zertifiziert wird.

2. Verbot von Glyphosat auf kommunalen landwirtschaftlich genutzten Flächen: Machen Sie Ihre Kommune zur glyphosatfreien Kommune!

Glyphosat (Handelsname z.B. Roundup) ist das weltweit am häufigsten eingesetzte Pflanzengift. In Deutschland sind 93 Glyphosat-haltige Mittel zugelassen. Deutschlandweit werden jährlich knapp 6000 Tonnen davon eingesetzt. Dort, wo Glyphosat verwendet wird, tötet es alle Pflanzen ab. Unter anderem der BUND hat nachgewiesen, dass Glyphosat im Urin von Menschen vorkommt, ebenso wird es in der Muttermilch, in Oberflächengewässern und in den Böden gefunden. 2015 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft.

5. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!

Der aktuelle Flächennutzungsplan (FNP) erlaubt jeder Gemeinde eine – nach Maßgabe der Regionalversammlung – ausreichende Erschließung neuer Flächen. Bereits dieser Flächenverlust ist nach Ansicht des BUND zu hoch, und doch beobachtet der BUND, dass Kommunen Flächenansprüche sogar über das Maß des FNP hinaus beanspruchen.

Baumaßnahmen gehen in aller Regel zu Lasten der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Nutzflächen sind eine endliche Ressource, deren Verbrauch durch Versiegelung nicht nachhaltig ist. Dieser Landfraß erfolgt auf Kosten künftiger Generationen, aber auch immer mehr zu Lasten der Menschen auf der Erde, die unter Hunger leiden.

Daher fordert der BUND von den Kommunen, sich strikt an die Vorgaben des FNP zu halten und darüber hinaus keine Flächen zu versiegeln.

Auf den folgenden Seiten finden Sie unsere Fragen. Bitte senden Sie uns den ausgefüllten Fragebogen bis spätestens **15. Februar 2016** per Post oder per E-Mail zurück. Die Ergebnisse unserer Befragung werden wir auf unserer Homepage und in der Presse veröffentlichen.

Vielen Dank und freundliche Grüße
Claudia Dirr
BUND Bergstraße
Ludwigstraße 13
64646 Heppenheim
Tel. 06252 5189
E-Mail: bund.bergstrasse@bund.net
Web: www.bund-bergstrasse.de

Der BUND fordert ein vollständiges Verbot von Glyphosat. Die hessische Umweltministerin Priska Hinz hat aufgrund der Warnungen der WHO per Erlass verfügt, dass der Einsatz glyphosathaltiger Pestizide auf Wegen, Plätzen und sonstigem Nichtkulturland in Hessen mit Wirkung vom 1. Juli 2015 nur noch in begründeten Ausnahmefällen möglich ist.

Aber Kommunen verpachten auch landwirtschaftliche Flächen. Hier ist erforderlich, dass durch kommunale Beschlüsse der Einsatz von Glyphosat auch auf diesen gemeindeeigenen, landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgeschlossen wird.

3. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie Ihre Kommune zur Energiewende-Kommune mit Kraft-Wärme-Kopplung!

In der Diskussion um die Energiewende besteht allgemeiner Konsens, dass Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten kann und muss. Durch effiziente Energienutzung, werden die CO₂-Emissionen und der Energieverbrauch gesenkt, insbesondere dort wo derzeit bis zu 60 % der Primärenergie als ungenutzte Abwärme verloren gehen, z. B. in konventionellen Kondensationskraftwerken. KWK kann in vielen Größenklassen und mit verschiedenen Brennstoffen betrieben werden und stellt die Verbindung zwischen Stromwende und Wärmewende her. Durch KWK kann flexibel Strom erzeugt und fluktuierende Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie ausgeglichen werden. Verbunden mit systemdienlicher Eigenstromerzeugung können Stromnetze entlastet, der Netzausbau auf das erforderliche Maß reduziert und die Modernisierung des Heizungsbestandes vorangetrieben werden.

Potentiale für einen Ausbau der KWK sind vorhanden – zahlreiche Studien haben dies aufgezeigt. In vielen kommunalen Heizungsanlagen in Rathäusern, Kindergärten, Schulen, Stadthallen, Betriebshöfen, Schwimmbädern usw. sowie in Heimen und Krankenhäusern können KWK-Anlagen wirtschaftlich eingesetzt werden.

Sie können sich dafür einsetzen, dass viele dieser KWK-Anlagen in kommunalen Gebäuden eingebaut werden und dass ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen und Gewerbetreibenden Beratung angeboten wird. Der BUND unterstützt dieses Ziel mit einer eigenen KWK-Informationskampagne.

4. Ausgleichsmaßnahmen verbessern: Machen Sie beschlossene Naturschutzmaßnahmen nachprüfbar!

Im Bauamt werden nicht nur Bebauungspläne archiviert, sondern auch die damit zugleich festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen, die den stattgefundenen Natureingriff wettmachen sollen. Die Kommune ist verpflichtet, die Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen und auf Dauer in gutem Zustand zu erhalten.

Der BUND beobachtet jedoch seit langem, dass Kommunen die Durchführung und dauerhafte Pflege vernachlässigen oder gar unterlassen. Ebenso mangelt es an der Durchsetzung der beschlossenen Maßnahmen gegenüber Dritten. Teilweise fehlt der Verwaltung selbst der Überblick über den Umfang der Ausgleichsmaßnahmen.

Um diesem gravierenden Mangel abzuwehren, ist es notwendig, dass die Kommune ein Kataster über die beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen und ihren Pflegezustand führt, und das Kataster regelmäßig aktualisiert. Das Kataster soll wie die zugrunde liegenden Bebauungspläne und Ausgleichsmaßnahmen öffentlich einsehbar sein.

1. Im Stadtwald mehr Natur zulassen: Machen Sie Ihren Kommunalwald zum FSC Wald!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, den Kommunalwald Ihrer Stadt/Gemeinde nach dem FSC-Siegel zertifizieren zu lassen?

- JA auf jeden Fall
- NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung: Die SPD ist offen für eine Zertifizierung. Da aber FSC unter Privatwaldbesitzern durchwegs umstritten ist, wollen wir dies erst genauer prüfen

2. Verbot von Glyphosat auf kommunalen Flächen: Machen Sie Ihre Kommune zur glyphosatfreien Kommune!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass Glyphosat in Ihrer Stadt/Gemeinde nicht mehr auf öffentlichen und landwirtschaftlich genutzten kommunalen Flächen eingesetzt wird?

- JA auf jeden Fall
- NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

3. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie Ihre Kommune zur Energiewende-Kommune mit Kraft-Wärme-Kopplung!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune viele neue KWK-Anlagen in kommunalen und anderen Gebäuden eingebaut werden?

- JA auf jeden Fall
- NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

4. Ausgleichsmaßnahmen verbessern: Machen Sie beschlossene Naturschutzmaßnahmen nachprüfbar!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune ein öffentliches Kataster über Ausgleichsmaßnahmen und deren Pflegezustand geführt wird?

- JA auf jeden Fall
 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

5. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass Ihre Kommune nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweist als es der aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?

- JA auf jeden Fall
 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

Für die SPD gilt:
Innenentwicklung vor Außenentwicklung.
Dabei ~~bevorzugen~~ ^{bevorzugen} wir zunächst die
bauliche Nachverdichtung in der Innenstadt
und anschließend die Ansiedlung der
Bauwirtschaft im FNP bzw. neue
Gebiete ausgewiesen werden.

1. Im Stadtwald mehr Natur zulassen: Machen Sie Ihren Kommunalwald zum FSC Wald!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, den Kommunalwald Ihrer Stadt/Gemeinde nach dem FSC-Siegel zertifizieren zu lassen?

- JA auf jeden Fall
 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

In dieser Frage gibt es seitens des Forstamtes Bedenken, dies nicht umsetzen zu können, wir werden aber trotzdem am Ball bleiben

2. Verbot von Glyphosat auf kommunalen Flächen: Machen Sie ihre Kommune zur glyphosatfreien Kommune!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass Glyphosat in Ihrer Stadt/Gemeinde nicht mehr auf öffentlichen und landwirtschaftlich genutzten kommunalen Flächen eingesetzt wird?

- JA auf jeden Fall
 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

Auf Glyphosat kann in den allermeisten Fällen verzichtet werden

3. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie Ihre Kommune zur Energiewende-Kommune mit Kraft-Wärme-Kopplung!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune viele neue KWK-Anlagen in kommunalen und anderen Gebäuden eingebaut werden?

- JA auf jeden Fall
 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

Bereits im Schwimmbad umgesetzt, Nun sollen Wohnquartiere folgen.

4. Ausgleichsmaßnahmen verbessern: Machen Sie beschlossene Naturschutzmaßnahmen nachprüfbar!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune ein öffentliches Kataster über Ausgleichsmaßnahmen und deren Pflegezustand geführt wird?

- JA auf jeden Fall
 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

Das Kataster ist eine gute Idee. Auch in Lampertheim ist es ein großer Ärgernis, daß Ausgleichsmaßnahmen nicht immer umgesetzt werden.

5. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass Ihre Kommune nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweist als es der aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?

- JA auf jeden Fall
 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

1. Stadtwald Lampertheim

Das Forstamt Lampertheim ist nach Rücksprache mit Hessen Forst seit dem 15.01.2016 nach FSC zertifiziert. Hierbei müssen nach deren Ausführungen noch Erfahrungen in den durch Klimaveränderung und Grundwasserabsenkung geschädigten Riedwäldern gemacht werden.

Der Stadtwald Lampertheim ist ja bekanntermaßen genauso davon betroffen. Deshalb schlägt uns Hessen Forst vor, zunächst die Erfahrungen vom benachbarten Staatswald abzuwarten, um in Fragen der Zertifizierung für den Stadtwald die richtige Entscheidung zu treffen.

Ich stehe der Sache offen gegenüber und Hessen Forst hat mir zugesichert, mich dazu auf dem Laufenden zu halten. Insofern können wir dazu gerne im Austausch bleiben.

2. Glyphosat

So eindeutig wie von Ihnen beschrieben, scheint die Beweislage derzeit nicht zu sein. Ich habe gegenteilige Äußerungen z.B. von Herrn Prof. von Tiedemann (Prof. für Pflanzenschutz) gefunden. Auch die Umweltministerin hat ihre Verfügung nur auf Nicht-Kulturland begrenzt. Ich sehe mich bei den gegensätzlichen Positionen auf kommunaler Ebene nicht in der Lage zu beurteilen welche Behauptung wissenschaftlich richtig ist. Allerdings müsste bei einem eindeutigen Nachweis die Bundesregierung die Zulassung umgehend zurückziehen, was bisher nicht geschehen ist. Um dem Vorsorgegedanken Rechnung zu tragen werde ich in der nächsten Stadtverordnetenversammlung nachfragen welche Sicherungsformulierungen (z.B. Ausbringung von Klärschlamm nur mit Zustimmung) die Stadt bei Ihren Pachtverträgen hat.

3. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung

Als Ingenieur halte ich Kraft-Wärme-Kopplung grundsätzlich für positiv. Dabei sind natürlich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. In Lampertheim wird das z.B. im Schwimmbad bereits erfolgreich eingesetzt.

4. Ausgleichsmaßnahmen verbessern

Grundsätzlich sollten die vereinbarten Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt und unterhalten werden. Sie schreiben, dass der BUND seit langem beobachtet, dass Kommunen die Durchführung und dauerhafte Pflege vernachlässigen oder gar unterlassen. Ebenso mangle es an der Durchsetzung der beschlossenen Maßnahmen gegenüber Dritten. Für Lampertheim haben Sie sich bisher diesbezüglich nicht an uns gewendet.

Derzeit wird ein Grünflächenkataster mit Pflegeklassen aufgebaut. Ich frage gerne nach, ob die Ausgleichflächen mit erfasst werden.

5. Landfraß begrenzen

Der Flächennutzungsplan befindet sich derzeit in der Überarbeitung. Eine Begrenzung auf den „aktuellen“ aus 1994 macht insofern keinen Sinn, da dieser bereits an vielen Stellen z.B. durch den Regional- und Landesentwicklungsplan fortgeschrieben ist. Auch hat Lampertheim eine positive Bevölkerungsentwicklung und eine große Nachfrage nach Wohnraum. Im Verhältnis zu Nachbarkommunen wie Bürstadt und Lorsch hat Lampertheim diese Entwicklung immer sehr moderat betrieben.

Zum Beispiel bei der geplanten Ortsumgehung Rosengarten (B47) haben wir beim Land angeregt den Flächenverbrauch zu minimieren. Bei Hessen Mobil sind wir damit bisher auf wenig Gegenliebe gestoßen.

Auch haben wir in Lampertheim als eine der ersten Kommunen im Kreis begonnen Nachverdichtungspotentiale im Bestand anzugehen, um den Flächenverbrauch zu minimieren. Dieses werden wir auch weiter betreiben um den Landfraß zu begrenzen.